

## Bundessfachgruppe

# Kriegsfolgen kommen in Betrieben an



Foto: Susanne Stracke-Neumann

Die Organisationswahlen von ver.di, aber auch der Krieg in der Ukraine bestimmten die Bundessfachgruppensitzung. Nach Online-Sitzungen kam der Vorstand wieder in Berlin zusammen.

Die Berichte aus der Fachgruppe Druck, Verlage, Papier und Industrie DVPI) in den Landesbezirken waren eine Woche nach der russischen Invasion in die Ukraine bereits vom Krieg geprägt, wo Betriebe Zweigwerke in Russland und/oder der Ukraine haben oder von Zulieferern aus dieser Region abhängen. Werke wurden dort geschlossen, Lieferungen bleiben aus, Handelsbeziehungen sind gekappt. Ob bei den Autofirmen, Druckereien oder Tapetenherstellern, die Branchen der Vorstandsmitglieder spüren die Auswirkungen bereits. Das Entsetzen über den Krieg in Europa und diese Zukunftsaussichten beherrschten

Stimmung und Gespräche bei der Zusammenkunft im Fachgruppenvorstand. Von außen klangen die Solidaritätsglocken für die Ukraine in den Konferenzraum.

Das detaillierte System der Delegierten- und Gremienmandate, das auf allen Ebenen und in allen Fach- und Personengruppen für Ausgewogenheit nach Geschlecht, Region und Branche sorgen soll, ist keine leicht zu erfüllende Aufgabe. In den Branchen der Druck-, Papier-, Metall- und Chemieindustrie sind Frauen seltener zu finden als in der Verlagsbranche oder in der Augenoptik. Auch die jüngeren Beschäftigten für gewerkschaft-

liches Engagement zu gewinnen, ist kein Selbstläufer, wie viele Ehrenamtliche immer wieder erleben müssen. Und die Coronapandemie hat den Kontakt und die Mitgliederwerbung zusätzlich erschwert. Also werden die Haupt- und Ehrenamtlichen noch eine Weile über den Besetzungsplänen für die Delegiertenmandate der kommenden Konferenzen vom Bezirk bis zum bundesweiten ver.di-Kongress im Herbst 2023 in Berlin tüfteln müssen.

Die Bundessfachgruppen des alten Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie tagen alle parallel im Berliner ver.di-Haus an der Spree

vom 10. bis 12. Februar 2023. Die Bundessfachbereichskonferenz des neuen Fachbereichs A Finanzen, Technologie, Kultur, Ver- und Ent-sorgung ist dann vom 29. bis 31. März aufgerufen. Alle Termine vom Bezirk bis zur Bundesebene sind hier zu finden:

<https://orgawahlen.verdi.de/>

Wie sich die neue Corona-Gesetzgebung mit der Verlagerung der Hygiene-Vorschriften am Arbeitsplatz in die Verantwortung der Betriebe und das Ende der Homeoffice-Pflicht auswirken, wird wohl Gesprächsthema bei der nächsten Sitzung Ende Mai sein. ■ sus

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mitglieder sind Stärke.

Das ist keine neue Erkenntnis, aber es wurde Zeit, dieses Wissen wieder in den Fokus von ver.di zu rücken. Der Gewerkschaftsrat hat sich dieses Themas angenommen und ein Projekt auf den Weg gebracht: „Zukunft der Mitglieder-gewinnung“. Erarbeitet von ehren- und hauptamtlichen Kolleg\*innen, beschreibt das Projekt einen verbindlichen Prozess zur Mitglieder-gewinnung in allen Landesbezirken und Fachbereichen.

Auch in den Personengruppen ist es ein wichtiges Thema. Wo stehen wir als Meister\*innen, Techniker\*innen, Ingenieur\*innen, kurz mti? Mitgliederentwicklung steht schon immer auf unserer Agenda, ist ständig Thema in unseren Sitzungen und findet auf unterschiedlichste Art und Weise im überwiegenden Teil unserer Gremien statt. Um die Vorgaben des Gewerkschaftsrates zu flankieren, haben wir ein Projektteam ins Leben gerufen, das sich unter dem Titel „Mitgliederorientierung“ zum Ziel gesetzt hat, die Gruppe mti für Kolleg\*innen interessanter zu machen, sowie neue Mitglieder zu gewinnen. Schon in den zurückliegenden Jahren war unsere Mitgliederentwicklung ein Beleg dafür,

Foto: Chr. v. Polenz



dass wir gut unterwegs sind. In den letzten sieben Jahren hat sich die Zahl der Mitglieder um 58 Prozent auf 28.135 erhöht. Allein in den letzten 3 Monaten hat sich unsere Mitgliederzahl um 703 erhöht! Das entspricht 2,56 Prozent. Was mich besonders freut: Der Anteil unserer Kolleginnen ist um 25 Prozent gestiegen. Der Start ins Konferenzjahr lässt hoffen, dass

sich der Trend verstärkt. Ich sage: „gut so, weiter so“!

Leider sind diese Entwicklungen nicht in allen unseren Gremien so, dennoch sind wir auf einem guten Weg. Die anstehenden Organisationswahlen bieten aus unserer Sicht gute Chancen, neue Mitglieder in allen Bereichen zu gewinnen und Kolleg\*innen für unsere Arbeit zu interessieren. ■

Vielen Dank für die geleistete Arbeit, viel Erfolg bei den Organisationswahlen, bleibt gesund,

Euer Werner Filipowski  
mti-Bundesausschuss  
DVPI-Bundesvorstand

Kurz notiert

## Energietage 2022

In Berlin und online gibt es wieder die Energietage vom 2. bis 6. Mai 2022. Am 2., 3. und 6. Mai ist das Programm digital, am 4. und 5. Mai sind Präsenzveranstaltungen in Berlin. Bereits vorher gibt es die Gesprächsreihe „Orientierungswissen Energiekrise“, die mit Felix Matthes vom Öko-Institut begonnen hat. ■

[www.energietage.de](http://www.energietage.de)

## Gute Arbeitszeit

Im ver.di-Bereich „Innovation und Gute Arbeit“ sind die „Leitlinien für Gute Arbeitszeitgestaltung“ veröffentlicht worden. Die Broschüre kann als Printexemplar bestellt werden und ist online zugänglich. ■

<https://kurzelinks.de/wi3w>

## Covid19-Infektion

Wer den Verdacht hat, sich bei der Arbeit oder in der Schule mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 angesteckt zu haben, und typische Symptome einer Erkrankung an COVID-19 zeigt, sollte die Infektion mit einem PCR-Test prüfen und dokumentieren lassen, rät die DGUV. ■

<https://kurzelinks.de/z1de>

## Stromerzeugung 2021

Der Anteil konventioneller Energieträger ist 2021 laut Destatis deutlich gestiegen auf 57,6 Prozent, davon war Kohle der wichtigste Energielieferant. Die Windkraft sank wetterbedingt auf 13,3 Prozent. Die Erneuerbaren Energien lieferten 42,4 Prozent, 7,6 Prozent weniger als im Vorjahr. ■

<https://kurzelinks.de/7g8u>

## Mobilität der Zukunft

# Ein Jahr Klimaschutz-Urteil

Foto: Susanne Stracke-Neumann



**Das Urteil des Verfassungsgerichts in Karlsruhe zur Bedeutung des Klimaschutzes für das politische Agieren liegt gerade ein Jahr zurück. Im Urteil wurde der Verkehrssektor als wichtiges Handlungsfeld benannt. Ein Grund für den Verkehrsclub Deutschland (VCD), wieder auf die Vorteile eines Bundesmobilitätsgesetzes hinzuweisen.**

„Bei der Mobilität muss der Mensch im Mittelpunkt stehen und nicht das Auto“, ist die Überzeugung des VCD. Ein Paradigmenwechsel sei nötig, der Klimaschutz müsse in der Verkehrspolitik an die erste Stelle rücken, denn die Treibhausgase aus dem Verkehr seien seit den 1990er Jahren nicht gesunken. Die Gesetze zum Verkehrswesen stammen teilweise noch aus den 1930er Jahren.

Um die Klimaziele bis 2035 zu erreichen, müssten die wesentlichen Umstellungen im Verkehrswesen in diesem Jahrzehnt vorgenommen werden. Die Verkehrspolitik dürfe sich nicht an Maßnahmen orientieren, sondern an Zielen, hieß es bei der gut besuchten Online-Veranstaltung des VCD „Fortschritt wagen – Zukunft gestalten“. Dazu stellte der VCD einen Maßnahmenkatalog für ein Klimaschutzsofortprogramm vor.

Damit trotz aller Länder- und kommunalen Zuständigkeiten eine Verkehrspolitik mit dem übergeordneten Ziel der CO<sub>2</sub>-Minderung bei gleichzeitiger Verbesserung des öffentlichen Angebots und der Bedingungen für alle Verkehrsteilnehmer möglich sind, bedürfe es eines bundesweiten Gesetzes mit einheitlichen Rahmenvorgaben. Die Vorgaben aus dem Bundesmobilitätsgesetz müssten verbindlich sein und von den Ländern in einem eigenen Verkehrsentwicklungsplan umgesetzt werden.

Das geltende Klimaschutzgesetz sieht vor, dass der Treibhausgasausstoß des Verkehrs bis 2030 auf 85 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente sinkt. Im vergangenen Jahr waren die CO<sub>2</sub>-Emissionen aber wieder gestiegen, und zwar auf 148 Millionen Tonnen.

Nach Ansicht der Verfassungsjuristen Georg Hermes (Uni Frankfurt am Main) und Urs Kramer (Uni Passau) verstoße eine Kompetenzbündelung beim Bund nicht gegen die föderale Verfassung der Bundesrepublik. Sie verfolge vielmehr das Ziel der Generationengerechtigkeit, die das Karlsruher Bundesverfassungsgericht im März 2021 angemahnt hatte.

Der Entwurf zum Bundesmobilitätsgesetz, an dem viele

Expert\*innen aus verschiedenen Gebieten beteiligt waren, sei ein Angebot an die Politik, auch wenn es „ungewöhnlich ist, dass ein Gesetz von außerhalb des Parlaments kommt“, erklärte Hermes. Es könnte mit einfacher Mehrheit in Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden. ■

Susanne Stracke-Neumann

[www.vcd.org/bundesmobilitaetsgesetz](http://www.vcd.org/bundesmobilitaetsgesetz)

### Impressum

**Herausgeber:**  
ver.di Bundesvorstand,  
Fachbereich A: Finanzdienste,  
Kommunikation und Technologie, Kultur,  
Ver- und Entsorgung  
Christoph Schmitz und Rachel Marquardt,  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin  
<https://industrie.verdi.de>  
<https://industrie-report.verdi.de>  
E-Mail: [fb8.industrie-report@verdi.de](mailto:fb8.industrie-report@verdi.de)

**Redaktion:** Susanne Stracke-Neumann  
**Fotos:** alle nicht gekennzeichneten ver.di  
**Layout:** einsatz, Wolfgang Wohlers  
**Druck:** Gottschalk Druck & Medien, Berlin  
Auflage: 1690 Expl. · März 2022



## Energie

# Wenn die Welt sich schlagartig ändert

**Ein energetisch-klimatischer Jahresrück- und Ausblick 2021/22: Vor allem durch Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich die (Energie-) Welt schlagartig verändert. Ob die Rot-Grün-Gelb-Ampel-Koalitionär\*innen sich ihre ersten 100 Regierungstage so dramatisch vorgestellt haben? Sicher nicht.**

„Profiteure der hohen Strompreise sind Stromerzeuger, die von den Preisen der fossilen Rohstoffe und der CO<sub>2</sub>-Zertifikate nicht betroffen sind und ihren Strom nicht auf Basis des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu einem Fixpreis einspeisen. Dazu gehören Betreiber von alten Wind- oder Photovoltaikanlagen. Sie hatten lange damit gerechnet, ihre Kleinkraftwerke nach Ablauf der 20-jährigen EEG-Förderung stilllegen zu müssen. Nun verschafft das hohe Strompreinsniveau manchem schon tot geglaubten Projekt weiterhin eine wirtschaftliche Basis am Markt – und trägt so zur Energiewende bei.“ So hatte Bernward Janzing kurz vor Jahreswechsel in seinem taz-Beitrag „Strom wird immer teurer“ die damalige Situation zusammengefasst.

Aber jetzt ist Krisenmodus angesagt, weil die Preise fossiler Energieträger explosionsartig steigen, wer auch immer davon profitieren mag. Dabei war vor der Bundestagswahl von fast allen demokratischen Parteien eine „echte Energiewende angekündigt“ worden. Doch davon ist nun überhaupt nicht mehr die Rede. Wobei schon seit dem Ampelvertrag davon kaum mehr etwas zu spüren war. Christiane Aeverbeck, die Geschäftsführerin der Klima-Allianz Deutschland, beschrieb das Koalitionsergebnis so: „Wir sind besonders enttäuscht, dass die Parteien keine Strategie haben, wie Deutschland auf das 1,5-Grad-Ziel kommen kann.“

Zudem: Wer die chaotische Diskussion um einen Spritpreiszusbruch im März betrachtet, muss feststellen: Von einer genauso notwendigen Verkehrswende, weg vom Individual-, hin zu Öffentlichem Personen-Verkehr ist ebenfalls fast keine Rede mehr. Wer sich mit dem teuren Spritverkauf womöglich die Taschen vollgestopft hat, werden wohl Gerichte klären.

Beim Blick zurück auf 2021 fällt auf: Wasserstoff, dieses Wort war in aller Munde – vor allem von Politiker\*innen und Wirtschaftsbossen. Überall wurde von „Leitprojekten für Grünen Wasserstoff“ (H<sub>2</sub>) geredet. Doch woher der kommen soll? Aus unserem eigenen Lande jedenfalls nicht. Denn bislang hinkt der dafür notwendige Ausbau der Erneuerbaren Energien lahm hinterher. Von Überschuss-Sonnen- oder -Windstrom kann deshalb schon gar keine Rede sein. Dennoch soll genau dieser Überschuss in „Grün-H<sub>2</sub>“ elektrolysiert werden, erklären Politik und Wirtschaft immer und fast überall.

Aber weil es Grün-H<sub>2</sub> nicht gibt, oft (wie in Bayern durch die 10H-Abstandsregel) die Erzeugung von Ökostrom gar massiv behindert wird, setzte die Bundesregierung auf immer mehr Gasimporte, vor allem aus Russland. Der Ukrainekrieg hat sogar dem Grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck klargemacht: Diese Abhängigkeit können wir nicht von heute auf morgen beenden.

Als Alternative für Erdgas aus dem Osten – zumal nach dem Beschluss, die neue Gaspipeline NordStream 2 nicht in Betrieb zu nehmen – soll Flüssiggas aus den USA (so Kanzler Scholz als Ex-Finanzminister der „alten“ GroKo) oder der Golfregion (Wirtschaftsminister Habeck von der Ampel) akquiriert werden. Erdgas muss als Brücke zur 100-Prozent-



Foto: Heinz Wraneschtz

Erneuerbaren-Energiewirtschaft dienen, davon ist man im ver.di-Fachbereich Ver- und Entsorgung überzeugt (siehe Kasten). Doch bis die für Flüssiggas-Import notwendigen Hafenterminals fertig sind, werden Jahre vergehen.

Wenn es so weiter geht, kommt es „zum Ende der Menschheit, wie wir sie kennen“, schreibt Klima-Fachautor Götz Warnke. Zudem tobt weltweit eine „Propagandaschlacht ums Klima“, wie der jüngste Bestseller des US-Klimaforschers Michael Mann trefflich auf Deutsch heißt.

Noch nicht einmal nach dem ganz klaren, eindeutigen Klimaschutz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2021 wurde die Bremse der Energiepolitik wirklich gelockert. So ist das in diesem März von der Ampel nach 100 Bewährungstagen vorgestellte „Oster-Reformpaket“ für das Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG – jedenfalls nach Meinung aller Ökoenergie- und Umweltverbände – nicht geeignet, für mehr

Dezentralität und Eigenerzeugung von Strom und damit Grün-H<sub>2</sub> zu sorgen. Stattdessen kochen hierzulande die Diskussionen über den Weiterbetrieb jener letzten Kernkraftwerke hoch, die laut Gesetz zum Jahresende abgeschaltet werden sollen.

## Fazit

Auch die Politik der Ampel hat energetisch-klimatisch bisher nicht viel nach vorne gebracht. Dabei brennt die Erde immer heißer vor sich hin. Um die Pariser 1,5-Grad-Klimaziele zu erreichen, bräuhete es eine echte neue Energiegesetzgebung in Richtung Dezentralität und Bürgerenergie. Stadt- und Gemeindewerke könnten hierbei einen großen Beitrag leisten. Tatsächlich aber wird politisch nur weiter an EEG und Energiewirtschaftsgesetz herumgedoktert. Und das ist fast überall auf der Welt ähnlich. ■

Eine Analyse von Heinz Wraneschtz, Umweltjournalist, Ingenieur, ver.di-Mitglied

## Das meint ver.di

Und wie sieht Rolf Wiegand, Bundesfachgruppenleiter Energiewirtschaft, die Arbeit der Ampel? „Wir haben die Koalitionsvereinbarung positiv-kritisch bewertet. Dass Klimaschutz nun politisch zur Wirtschaft gehört, das ist gut. Unter dem, was Habeck angekündigt hat, sind durchaus einige problematische Punkte. Wir konnten aber einiges einbringen. Die Ziele sind gesetzt, die Wege sind noch nicht

klar. Wir brauchen massive Investitionen sowie die Sicherheit der Versorgung. Der Kriegsbeginn am 24. Februar ist eine Zäsur. Deshalb bekommt das Thema Gas noch einmal eine ganz andere Bedeutung. Wir achten besonders auf gute Arbeit und Ausbildung. Bei der Unternehmensmitbestimmung und Tarifverträgen bei Erneuerbare-Energien-Firmen sind wir noch nicht auf dem grünen Zweig.“ ■ wra

## New Work

## Veränderte Arbeitswelten

Aus 13 mach 5 und aus vier mach eins: Zum Jahresanfang ist der neue Fachbereich A Wirklichkeit geworden. Die meisten Mitglieder im FB A haben es mit digitalisierten Arbeitswelten zu tun. Deshalb ist im Landesbezirk Berlin-Brandenburg schon im Mai 2021 ein Arbeitskreis gegründet worden, der die alten Fachbereichsgrenzen überschreitet: „New Normal – Veränderte Arbeitswelten“.

Für fast alle im neuen Fachbereich Finanzdienste, Kommunikation und Technologie, Kultur, Ver- und Entsorgung haben sich die



## Intergео Digitale Zwillinge

Bei der hybriden Intergео in Essen stehen „Digital Twins“ im Fokus: 3-D-Stadtmodelle, Building Information Modeling (BIM) in der Vermessung und der digitalen Städteplanung.

Vom 18.–20. Oktober zeigt die Intergео, in die auch die Messe für kommerzielle Drohnen integriert ist, wie „digitale Zwillinge“ bei der Planung helfen: Von Stadtvierteln über ganze Bauvorhaben bis hin zu Verkehrs- oder Klimaschutzmaßnahmen. Der Digital Twin ist an reale Parameter wie Umgebung, Zeit und Zustand geknüpft. Viele der bereits angemeldeten Unternehmen realisieren derzeit „Reality Capture“ – sie erfassen die Wirklichkeit mit Lasern, Scannern, Punktwolken und Sensoren. Die Geräte sind tragbar oder können auf Autos, Stativen oder Drohnen angebracht werden. ■ [www.intergeo.de](http://www.intergeo.de)

Arbeitsbedingungen durch die fortschreitende Digitalisierung gewandelt. Die Corona-Pandemie hat diese Tendenz noch einmal massiv beschleunigt. Organisiert von Nadine Jüngling, Yvonne Schröder, Tomas Lenk und dem ver.di-Landesfachbereichsleiter Marcus Borck lädt der Arbeitskreis alle zwei Monate am späten Nachmittag zum Online-Austausch ein. Denn, so meint Borck, es gebe in den verschiedenen Bereichen des Fachbereichs A zu viele verschiedene Regelungen und Betriebsvereinbarungen, die jeweils nur in den einzelnen Fachgruppen bekannt seien. Anstatt beispielsweise für alle Mitglieder davon zu profitieren, dass es bei der Telekom schon Betriebsvereinbarungen zur digitalen Arbeit gibt, die auch für andere Branchen interessant sind. „Verrückt“ nennt es Borck, dass dieses Wis-

sen nicht für alle genutzt wird.

„Im Gründungsausschuss A haben wir uns darüber ausgetauscht“, berichtet Lenk. Aber es sollte nicht nur beim „Man müsste mal“ bleiben. Inzwischen hat der AK „New Normal“ einen Verteiler mit rund 50 Adressen aus allen vier alten Fachbereichen. Der Arbeitskreis ist weiter offen für alle Interessent\*innen, auch über den Fachbereich A und den Landesbezirk Berlin-Brandenburg hinaus.

Zu seinen Online-Treffen lädt der AK jeweils eine Referentin oder einen Referenten ein. Die bisherigen Themen waren „Gute Arbeit“ mit ver.di-Bundessekretärin Nadine Müller, die alle Aspekte der Arbeitsveränderung skizzierte. Die Folgen für die Gesundheit der neuen (Heim-)Arbeit wurden mit

der Barmer Ersatzkasse diskutiert. Um Mitbestimmung in den Zeiten geographisch verstreuter Mitarbeiter\*innen drehte sich die Online-Diskussion mit Rechtsanwalt Micha Heilmann. Im Januar ging es in der Veranstaltung „Sorgearbeit – Rolle rückwärts durch Homeoffice?“ darum, welche besonderen Herausforderungen sich Frauen tagtäglich im Berufs- und Familienleben stellen. „Datenschutz – Das ungeliebte Thema der Digitalisierung“ heißt es im März.

Wer Interesse hat an diesen Online-Diskussionen oder auch an der für das dritte Quartal geplanten Konferenz für Betriebs- und Personalräte, der kann sich gerne bei Marcus Borck melden: [marcus.borck@verdi.de](mailto:marcus.borck@verdi.de) ■

Susanne Stracke-Neumann

### Vernetzungstreffen

## Interesse Prüfer\*in zu werden?

Zu einem Treffen der Prüfer\*innen hatte Ursula Stöger, Landesbildungssekretärin in Bayern, eingeladen. Neben Informationen zum ver.di-Projekt „Prüf mit“, den Seminarangeboten und gesetzlichen Neuerungen stand vor allem der Austausch der Prüfer\*innen im Mittelpunkt des Treffens.

Bei den anwesenden Prüfer\*innen ließ sich feststellen, dass ein sehr breites Band der beruflichen Ausbildung abgedeckt war. Von der bundesweit agierenden „Prüf mit“-Plattform waren Silva Muehlau und Franziska Hamann-Wachtel zu dem Treffen gekommen. Mühlau lobte das Engagement der Prüfer\*innen, die junge Menschen kompetent in den Beruf begleiten. Hamann-Wachtel erläuterte das Projekt. Die

Ziele sind Gewinnung und Betreuung der Prüfer\*innen auch im Hinblick auf die Altersstruktur, sowie Informationen, Angebote und Schulungen. Dieses Jahr soll auch das überarbeitete Handbuch für Prüfende erscheinen. Die Teilnahme an Seminaren ist kostenfrei, einige Bundesländer gewähren Bildungsurlaub.

Im Austausch stand natürlich die Prüfungssituation in der Pandemie im Vordergrund. Dabei wurde festgestellt, dass Berufe mit Beratungsgesprächen Defizite bei den praktischen Inhalten aufwiesen. Die meisten Betriebe und auch die Industrie- und Handelskammern haben ausgeklügelte Hygienekonzepte für einen reibungslosen Prüfungsablauf entwickelt, so dass die Qualität der Prüfungen gesichert war. Hier gab es ein überwiegend positives Feedback.

## Prüf mit!

Unabhängig von der Pandemie meinten einige Prüfer\*innen, dass das Niveau der Prüflinge nachgelassen habe. Dies habe einerseits mit dem schulischen Niveau zu tun, aber auch damit, dass die Ausbilder\*innen zu wenig Zeit für ihre Schützlinge hätten.

### Seminare

Online-Tagesseminare von „Prüf mit“ behandeln spezielle Themen wie „Leichte Sprache in Prüfungen: Bedeutung und praktische Umsetzung“ am 22. April 2022. Weitere Online-Tagesseminare sowie mehrtägige Grundlagen-, Aufbau- und Schwerpunktseminare in den ver.di-Bildungsstätten gibt es hier:

<https://pruef-mit.de/seminare/>

Ulrich Bareiß

## D21: Konferenz und Index

# Digitale Nachhaltigkeit – geht das überhaupt?



Seit fast 20 Jahren begleitet der D21-Kongress die Digitalisierung. Dieses Mal wurde parallel dazu der neunte Bericht zum digitalen Wandel mit dem D21-Index online vorgestellt. Der Schwerpunkt des Kongresses lag auf der digitalen Nachhaltigkeit und den digitalen Kompetenzen der Zukunft.

Franziska Brantner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, nannte als Ziel, mit der Digitalisierung über den europäischen Durchschnitt zu kommen. Der Staat könne dabei nur den Anstoß leisten, 90 Prozent der Investitionen müssten privat getragen werden. Dabei dürfe der Klimaschutz nicht aus den Augen verloren werden, denn Digitalisierung, so Brantner, sei für zwei Prozent des weltweiten Stromverbrauchs verantwortlich, in Deutschland seien es acht Prozent. Das drücke sich auch im Ergebnis der Umfrage aus: Ein Viertel finden Digitalisierung gut fürs Klima, fast ein Drittel dagegen schlecht. Daher sei es wichtig, die Digitalisierung zur Effizienzsteigerung zu nutzen.

Tilman Santarius, Professor für Sozial-ökologische Transformation und nachhaltige Digitalisierung an der TU Berlin, betonte, dass es

keine belastbare wissenschaftliche Antwort auf eine digitale Nachhaltigkeit gibt. Derzeit steige zunächst der Stromverbrauch durch Einsatz von ITK. Appelle allein brächten wenig, Verkaufsplattformen sollten das nachhaltigste Produkt zuerst anbieten. Für Frederike Petzschner, Neurowissenschaftlerin und Co-Direktorin Brainstorm der Brown University, finden die Entscheidungen dagegen im Unterbewusstsein statt, es gehe vor allem um soziale Anerkennung. Sie forderte ein vertrauenswürdiges Label und Preissteuerung für nachhaltige Produkte.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde der neunte Bericht von Andreas Pohle vorgestellt. Zusammenfassend kann man sagen, dass im zweiten Jahr der Pandemie kein weiterer signifikanter Schub erfolgte, sondern auf allen Gebieten eine leichte Steigerung. Aufgeholt bei der Digitalisierung haben Menschen mit mittlerem und niedrigerem Bildungsgrad.

Desinformation war das Thema von Pascal Henke. Einleitend erläuterte er, dass Fehlinformationen kein neues Phänomen seien, neu sei jedoch die maximale Reichweite mit minimalem Aufwand. Die Probleme der analogen Welt seien digitalisiert worden, in der Pandemie gab es eine 40-Pro-

zent-Zunahme von rechtsextremen Inhalten im Netz. Trotzdem hält Henke wenig von Verboten und plädiert eher für Schulungen zur Medienkompetenz.

In ihrer Keynote „Was sind Future Hot Skills im digitalen Zeitalter?“ wagte Yasmin Weiß, Professorin und Expertin für Digitale Bildung, Future Skills und China, einen Blick auf die Kompetenzen der Zukunft. Noch nie war die Veränderungsgeschwindigkeit der Transformation so hoch wie jetzt, wir werden uns alle irgendwann beruflich neu erfinden müssen. Daher ist Lernfähigkeit die Superkompetenz des 21. Jahrhunderts. Neben einer Lernbereitschaft werde auch die Resilienz, also das Meistern von Rückschlägen und Krisen, eine wichtige Rolle spielen. Dazu kommen Kompetenzen, die den Menschen „von Maschinen unterscheiden“, Selbstmanagement und eine Unternehmenskultur der eigenen Fähigkeiten.

## China als Reallabor

China als „Reallabor für (sozio-)technische Innovationen“ stellte Miriam Theobald, Managing Partner, DONGXii.com – Pioneering Digital China, vor. Sie bestätigte, dass das Internet in China rigoros zensuriert wird, auch die Privatsphäre werde digital überwacht. Das andere Bild sei die Aufbruchstimmung: Viele junge Menschen gründeten ein Startup. Der Staat reguliere erst, wenn eine gewisse Bekanntheit oder Größe erreicht werde. „Was technologisch möglich ist, sehen wir in China. In welcher Welt wir leben wollen, müssen wir selbst definieren“, so Theobald.

In der politischen Diskussion wurden die Unterschiede in der Ampel sichtbar. Für Maik Außendorf, MdB Bündnis 90/Die Grünen, sind agiles Handeln, Zulassen einer Fehlerkultur, frischer Wind in den Verwaltungen

sowie die Ausbildung der Lehrer\*innen zur Digitalkompetenz wichtige Meilensteine. Maximilian Funke-Kaiser, MdB FDP, warb für eine offene Gesellschaft. An den Schulen solle es nicht nur um die digitale Aufbereitung des Stoffes gehen, sondern um die Vermittlung von digitaler Kompetenz. Und für Armand Zorn, MdB SPD, darf die Digitalisierung nicht so laufen wie die Globalisierung. Es brauche klare Regeln. Reinhard Brandl, MdB CSU, bescheinigte der Ampel eine gute Analyse. Das Ziel müsse sein, dass alle Menschen dauerhaft und gleichartig von der Digitalisierung profitieren. Er wollte an der föderalen Struktur der Bildung nicht rütteln und sah auch eine große Verantwortung in den Betrieben.

In ihrem Schlusswort betonte Lena-Sophie Müller von D21, dass die Studie ein aktuelles Lagebild vorlege. Daraus messbare Ziele der digitalen Gesellschaft abzuleiten, sei eine Gemeinschaftsaufgabe der Politik. ■

Ulrich Bareiß

DVPI-Bundesvorstand  
mti-Bundesausschuss

## Zahlen über Zahlen

Eine Auswahl aus der Statistik hat Ulrich Bareiß in der ausführlichen Internet-Fassung seines Artikels zusammengefasst, samt Kommentar:

<https://kurzelinks.de/8fk7>

Die ganze D21-Studie:  
<https://initiated21.de>



## Tarife

## Chemie verhandelt, Metall bereitet vor

In der Chemie-Industrie laufen die Tarifverhandlungen, in der Metall- und Elektrobranche die Vorbereitungen.

Die Entgelttarife laufen in der Metall- und Elektroindustrie am 30. September 2022 aus. Nach den Vorgesprächen in Bayern und Baden-Württemberg scheinen sich die Arbeitgeber auf ein „Job-Rad“-Angebot zu kapitulieren. Wegen Corona, Transformation, Chip- und Rohstoffmangel wird es keine einfache Tarifrunde werden. Die vergangene Runde war überwiegend der Arbeitsplatzsicherung gewidmet. Nach Ansicht von Wolfgang Kienzle aus der ver.di-Fachgruppe DVPI, der in Baden-Württemberg in die Tarifverhandlungen eingebunden ist, brauchen die Beschäftigten in diesem Jahr deutliche Gehaltssteigerungen.

In der Chemie- und Pharma-Industrie haben die Tarifgespräche bereits am 21. März in Hannover begonnen. Insgesamt 580.000 Arbeitnehmer\*innen sind betroffen. Im vergangenen Jahr erwirtschaftete die Branche ein Plus von knapp 18 Prozent. Die Produktion stieg laut Verband der chemischen Industrie (VCI) um gut fünf Prozent und die Erzeugerpreise legten um mehr als neun Prozent zu. Die erste Verhandlungsrunde war ergebnislos, die Gespräche werden am 4./5. April in Wiesbaden fortgesetzt.

Die IG BCE will einen Ausgleich für die Inflation und eine Stärkung der Kaufkraft für Beschäftigte und Azubis erreichen. ■

sus

## IPCC-Bericht

## „Gedankenfutter“ zum Klimawandel

Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) – oft als „Weltklimarat“ bezeichnet – ist eine Institution der Vereinten Nationen und veröffentlicht 2021/2022 seinen sechsten Sachstandsbericht. Die ersten beiden Teile liegen bereits vor (siehe unsere Links im Kasten), der dritte Band zu den Möglichkeiten der „Minderung des Klimawandels“ folgt am 4. April.

Das Deutsche Klima-Konsortium (DKK) hat dazu wieder eine Vorschau organisiert. „Gedankenfutter“ wolle man mit der Online-Veranstaltung bieten, um den kommenden dritten Band des IPCC-Berichts besser einordnen zu können. So hieß es zur Begrüßung beim Deutschen Klima-Konsortium, einer „Selbstorganisation“ von 26 Wissenschaftsinstitutionen und rund 5000 Wissenschaftler\*innen, die regelmäßig „Klima-Frühstücke“ organisieren.

Der dritte Band sei gerade in der endgültigen Abstimmung zwischen Wissenschaft und Regierung, für gewöhnlich ein mühsamer Prozess, bei dem Regierungen auch versuchten, sich „grüner“ darzustellen als sie sind.

Allerdings seien sie gezwungen, für eine Verteidigung ihrer Sicht alle Fakten des IPCC-Berichts zu studieren. Damit werde das Klimawissen in ungewöhnlich hohem Maß in die Politik gebracht und das sei deshalb der Mühe des Abstimmungsprozesses wert, unterstrich Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, der am fünften Bericht des IPCC in diese Arbeit eingebunden war: „Das ist ein unschätzbare Beitrag zur internationalen Klimapolitik.“

Die Veröffentlichung des dritten Bands am 4. April 2022 fällt durch den Ukraine-Krieg in eine grundlegend veränderte geopolitische Situation, erklärte Edenhofer. Die Reduzierung von CO<sub>2</sub> sei trotzdem ohne Alternative. Seiner Meinung nach sei ein Öl-Embargo zur finanziellen Schwächung Russlands das Entscheidende, würde aber wohl mit einem Gas-Embargo beantwortet. Auf jeden Fall sei bei den steigenden Energiepreisen die „Entlastung der ärmeren Haushalte von grundlegender Bedeutung“, ob durch Kriegsfolgen verursacht oder durch die Energiewende.

Über „negative Emissionen“, also CO<sub>2</sub>-Entnahmen, sprach Sabine Fuss vom Mercator Research In-

## Unsere Infos:

Erster Band: Naturwissenschaftliche Grundlagen  
<https://kurzelinks.de/u70x>  
Zweiter Band: Folgen des Klimawandels, Anpassung und Verwundbarkeit  
<https://kurzelinks.de/lo7s>  
Weltklimagipfel in Glasgow  
<https://kurzelinks.de/j87a>  
Sonderbericht zum 1,5-Grad-Ziel:  
<https://www.de-ipcc.de/256.php>

stitute on Global Commons and Climate Change. Sie hatte am IPCC-Sonderbericht zum 1,5-Grad-Ziel mitgearbeitet. Die Entnahme von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre sei eine andere Methode als das oft erwähnte Geo-Engineering. Dabei versuche man die Sonneneinstrahlung künstlich zu vermindern. Negative Emissionen, etwa durch die Bindung von CO<sub>2</sub> in Mooren oder durch Abscheidung in unterirdischer Lagerung, was auf wenig öffentliche Gegenliebe stoße, könnten helfen, seien aber kein Wundermittel, sagte Fuss. Letztlich müssten die Restemissionen gesenkt werden durch einen veränderten Lebensstil bei Ernährung, Mobilität und Energieverbrauch. Bei allen Bau- oder Verkehrsvorhaben müssten die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Anfang an mitgedacht werden.

Für den Umbau der Gesellschaft erweise sich auch „Sustainable Finance“ als „wirksamer Hebel“, so die Finanzwissenschaftlerin Kerstin Lopatta von der Uni Hamburg. Der Klimawandel stelle neue Anforderungen auch an das finanzielle Risikomanagement. Investoren verlangten zunehmend mehr Informationen zu den Nachhaltigkeitsbemühungen von Unternehmen.

Wie diese „grüne“ Taxonomie ausgestaltet wird, kann allerdings zu ziemlich heftigen Auseinandersetzungen führen, wie es in der EU mit der Einschätzung von Kernkraft als „grüner Energie“ zu beobachten war. ■

Susanne Stracke-Neumann

Foto: Susanne Stracke-Neumann



## Bayerischer Ingenieuretag

## Nachhaltiges Bauen: Ein Thema im Trend

Der 30. Bayerische Ingenieuretag, das größte branchenweite Vernetzungstreffen in Bayern, fand zum zweiten Mal online statt. Im Mittelpunkt standen nachhaltiges Bauen und nachhaltige Wirtschaftsordnung.

Norbert Gebbeken, Präsident der Bayerischen Ingenieurkammer Bau, zeigte nach seiner Begrüßung die Weltkarte von 1482 „Terra Incognita“ (Unbekanntes Land). „Vor einer ähnlichen Situation stehen wir heute, 500 Jahre später, wenn wir uns in eine unbekannte Zukunft wagen, die für Eroberer Chancen, aber auch Risiken birgt.“ Es sei alles Wissen in der digitalen Welt verfügbar. Seit 50 Jahren gibt es den „Club of Rome“, der den Klimawandel und Grenzen des Wachstums beschrieb. Von den acht Milliarden Menschen leben 6,5 Milliarden in Entwicklungs- und Schwellenländern. Unbegrenzt Wachstum könne nicht die Lösung sein für gleiche Lebensverhältnisse, wegen der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Um Nachhaltigkeit zu erreichen, seien fundamentale Änderungen notwendig. Das Ziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2030 zu halbieren und bis 2040 klimaneutral zu sein, sei sehr ambitioniert. „Ohne staatliche Regu-

lierung ist dieser Aufbruch nicht umzusetzen“, so Gebbeken. In Bayern habe die Ingenieurkammer Bau einen Runden Tisch eingerichtet. Mit ihm soll eine beschleunigte digitale und ökologische Transformation beim Bauen erarbeitet werden.

Für Kerstin Schreyer, Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, ist es das Ziel, die Bauprozesse und Genehmigungsverfahren mit Hilfe der Digitalisierung zu beschleunigen. „Wohnen ist ein allgemeines Grundbedürfnis und da dürfen Interessen Einzelner nicht im Vordergrund stehen“, meinte sie. Der größte CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird im Gebäudebereich verursacht. Daher sei eine Sanierungsquote von einem Prozent im Jahr zu niedrig.

In ihrem Vortrag „Nachhaltiges Bauen für eine gute Zukunft – Die Haltbarkeit unseres Tuns“ gab Lamia Messari-Becker, Professorin für Gebäudetechnologie und Bauphysik der Uni Siegen, einen umfassenden Einblick zur Umsetzung. Sie legte den enormen Ressourcenverbrauch der Bauwirtschaft dar. Städte sind zu 70 Prozent für den globalen Energieverbrauch und zu 43 Pro-



Foto: Tobias Hase

zent für die globalen Treibhausgase verantwortlich. Moderne Gebäude müssten so gebaut werden, dass sie zerlegbar und recyclebar sind. Das Abfallaufkommen und der Bauschutt seien zu wertvoll, um es zu deponieren. Selbst hochfester Beton lasse sich aus recyceltem Material herstellen.

## Sanierung als Potenzial

Strom habe bereits einen Anteil von 42 Prozent an erneuerbarer Energie. Sie jedoch bei der Energiewende ausschließlich auf Strom zu fokussieren, hält sie für falsch. 70 Prozent des Baubestandes wurde vor 1979 erstellt. Hier liege die wahre Herausforderung der Energieeinsparung. Dies biete weitaus mehr Potenzial. Die Stadt der kurzen Wege verbiete das Auto nicht, aber idealerweise vereine sie Wohnen, Arbeiten, Einkaufen in einem 15-Minuten-Wegeradius. Für die Stadt der Zukunft seien grüne Fassaden, natürliche Gärten und Leben an Flüssen das Ziel.

„Wachstum ohne Ende? Wege in eine Nachhaltige Wirtschaftsordnung“ war das Thema von Ortwin Renn, Professor und Wissenschaftlicher Direktor am Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung in Potsdam. Zielorientierung sei qualitatives Wachstum, das an Umwelt-Auflagen gebunden ist. Eine De-

karbonisierung ohne staatliche Steuerung werde zum Problem.

Als Lehre forderte Renn eine Abkehr von der aktiven Wachstumpolitik hin zum selektiven Wachstum, an Umweltauflagen orientiert. Der Verteilungsschlüssel und damit die Frage der sozialen Gerechtigkeit hätten in Form eines Besteuerungskonzeptes zu erfolgen. Er sieht Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung im Spannungsfeld, jedoch nicht im Gegensatz. Hauptproblem sei der immer größere Ressourcenverbrauch.

Gebbeken erklärte, bei Digitalisierung und Robotisierung am Bau sehe er erheblichen Nachholbedarf. Nur dadurch ließen sich bei Fachkräftemangel 400.000 Wohnungen pro Jahr überhaupt realisieren. Messari-Becker sieht in der Quartierentwicklung die größten Chancen eines nachhaltigen Wohnens. Die digitale Bauakte auch im Hinblick auf marode Brücken und Straßen umzusetzen, sei eine Forderung an die Politik. Renn mahnte, die erforderlichen Entbehrungen fair zu verteilen. Zu Themen des ökologischen Wachstums seien die Bürgerinnen und Bürger weiter als die Politik. ■

Ulrich Bareiß  
mti-Bundesausschuss und  
DVPI-Bundesvorstand

Christian Humburg  
mti Bayern

## Kommentar

## Zukunftsorientiert

Der Bayerischen Ingenieurkammer gelingt es immer wieder, zukunftsorientierte Themen anzusprechen. Dass dabei die soziale Frage mit behandelt wurde, macht die gesellschaftspolitische Verantwortung der Ingenieurinnen und Ingenieure sehr deutlich. Dass sich der bayerische Staat in der Vergangenheit aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen hat und damit an der Wohnknappheit eine Mitverantwortung trägt, hat die Ministerin natürlich nicht erwähnt.

Der vieldiskutierte Auslauf der KfW-Förderung wurde tatsächlich noch von der alten Regierung beschlossen. Beantragt wurde diese meist von Investoren und Bauträgern, die mit diesem „Zuckerl“ ihre Eigentumswohnungen gut verkaufen wollen. Der einzelne „Häuslebauer“ ist davon weniger betroffen und in Zeiten der günstigen Kredite darf eine solide Finanzierung nicht von einer anteiligen KfW-Förderung abhängen. ■

Ulrich Bareiß  
Christian Humburg

Meister\*innen, Techniker\*innen, Ingenieur\*innen

## Stabübergabe bei mti

Werner Filipowski, der dem mti-Bundesausschuss seit 2013 vorstand, hat mit dem nahenden Ende seiner Berufstätigkeit sein Amt niedergelegt, um

beim Verjüngungsprozess mit gutem Beispiel voranzugehen. Als sein Nachfolger wurde einstimmig Stefan Markl gewählt.

Der Bundesausschuss hat sich bei Werner für seine Arbeit und seine humorvolle Art herzlich bedankt. Er wird auch weiterhin Mitglied im Bundesausschuss bleiben.

Screenshot: Ulrich Bareiß



Die vom Präsidium vorbereiteten Beschlüsse zur anstehenden Bundespersonengruppenkonferenz wurden einstimmig gefasst. Geplant sind 40 Delegierte und 15 Gäste. Der Bundesausschuss soll aus 23 Mitgliedern bestehen. Die Verteilung auf die Landesbezirke erfolgt nach dem Hare-Niemeyer Verfahren.

Die Berichte aus den Projektgruppen stellten die vielfältige Arbeit der mti dar. Mit Blick auf die Zukunft wurde über weitere Themen und Ausrichtung diskutiert. Ein

breites Feld nahm dabei das Thema Mitgliedergewinnung, Mitgliederorientierung und somit Haltearbeit ein. Im Landesbezirk Nordrhein-Westfalen gibt es ein entsprechendes Pilotprojekt. Der Start ist für Mai vorgesehen. Auch bei den kommenden bezirklichen Mitgliederversammlungen will

man neue Wege gehen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Digitalisierung, der vorgestellte D21-Report (siehe Seite 5) wurde intensiv diskutiert.

Beim Thema Tarif gibt es eine Neuausrichtung, Basis könnte ein neu zu erstellender Tarifvergleich

für Fach- und Führungskräfte mit technischem Hintergrund sein.

Bei den Berichten aus den Landesbezirken gab es Informationen zum jeweiligen Stand der Organisationswahlen und den dortigen Aktivitäten. Weiter wurde aus dem Gewerkschaftsrat und der Bundesverwaltung berichtet. Der Bereich Gute Arbeit hat wieder interessante Publikationen veröffentlicht.

Die nächste Sitzung ist für Anfang September in Würzburg in Vorbereitung. Geplant ist, sich dort mit Vertretern des DAA-Technikums auszutauschen. ■

Ulrich Bareiß  
mti-Bundesausschuss  
DVPI-Bundesvorstand

### Grußwort

#### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Sitzung vom 15. März 2022 wurde ich als neuer Vorsitzender des ver.di- Bundesausschusses mti gewählt. Für dieses Votum möchte ich mich bedanken und mich kurz vorstellen.

Geboren 1965 in Kassel, ging ich nach dem Abitur zunächst zur Bundeswehr. Infolge der Wiedervereinigung musste diese verkleinert werden. Für mich bedeutete das, noch eine

Foto: privat



zivile Ausbildung machen zu müssen. Ein Beruf, der sich nur auf die Bürotätigkeit beschränkte, schied für mich aus. Es musste eine Aufgabe sein, bei der man mit Menschen in Kontakt kommt. So entschied ich mich mit 28 Jahren für das Studium des Tiefbauingenieurs.

Danach arbeitete ich zunächst in einem Büro für Schienenverkehrswegebau. Anschließend bewarb ich mich im öffentlichen Dienst.

Mein beruflicher Werdegang war nun geprägt von der Lust der Verwaltung zur Umstrukturierung, vom Staatsbauamt Bad Hersfeld über das Hessische Immobilienmanagement (HI), hin zum Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH). Beim HI kam ich über die Personalratstätigkeit 2010 zu ver.di, denn nur mit entsprechender Qualifizierung und Unterstützung durch eine starke Gewerkschaft macht die Personalratsarbeit einen Sinn.

1988 wurde ich Mitglied in der SPD und fing 2004 an, mich in Kassel ehrenamtlich zu engagieren. So war ich zweimal Ortsvorsteher und zwei Legislaturperioden lang in der Stadtverordnetenversammlung.

Die Arbeit in Gremien, Parteien und Vereinen hat mir immer schon Spaß gemacht. Ich möchte als neuer Vorsitzender meine Stärken und Erfahrungen in mti einbringen und freue mich darauf, die erfolgreiche Arbeit von Werner Filipowski fortzuführen. ■

Mit kollegialem Gruß  
Stefan Markl